

Die "Reichspresse" erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Kunst und Kultur", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Freizeit". Der Bezugspreis beträgt bei reiner Anstellung im Haus monatlich 21.- M. im Monat Februar, im voraus zahlbar. Für Vorkauf von Jahrgängen werden sämtliche Verhältnisse berücksichtigt. Unser Vertrieb bezieht sich auf Deutschland, Österreich, Ungarn, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Litauen und Preußen 1918-19, für das übrige Ausland 7.- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 69

Die Jahrgangswerte Monatshefte oder deren Restum kostet 2.- M. einschließlich Anzeigen. Kleinanzeigen das letzte Blatt 2.50 M., jedes weitere Blatt 1.75 M. einschließlich Anzeigen. Ausland Anzeigen das letzte Blatt 3.00 M., jedes weitere Blatt 2.- M., jedes weitere Blatt 1.50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

# STREIFPITZ

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Verschiebung der Konferenz von Genua?

#### Meinungsverschiedenheiten in England

Paris, 13. Februar. Wie der Havas-Korrespondent aus London berichtet, wird sich das englische Kabinett heute mit der französischen Note über die Konferenz von Genua beschäftigen. Der Korrespondent weiß über die Stimmung in London zu berichten, Lloyd George sei bis jetzt immer noch gegen eine Verschiebung der Konferenz. Man müsse jedoch in Betracht ziehen, dass wenn Lloyd George die Regelung dieser Frage auch selbst in die Hand genommen habe, einige seiner Ministerkollegen entgegengelegter Ansicht seien. Es sei wohl möglich, dass sich innerhalb des britischen Kabinetts eine Meinungsverschiedenheit zeigen werde, da von gewissen Stellen die Ansicht geltend gemacht werde, man solle versuchen, zwischen den Kabinetten von London und von Paris zu einem Kompromiß zu gelangen.

In der Meldung wird ferner erklärt, man habe mit Unrecht angekündigt, das englische Ministerium sei geneigt, einem englisch-italienisch-französischen Sachverständigen Ausschuss die Behandlung der Fragen anzuvertrauen, die das französische Memorandum aufwerfe. Das sei eine Verwechslung. Der Oberste Rat in Cannes habe sich schon dahin geeinigt, Sachverständigen von England, Italien, Frankreich, Belgien und Japan — und zwar den Sachverständigen dieser Mächte, nicht nur den Sachverständigen der drei ersten genannten Mächte — die Mission anzuvertrauen, die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen vor Beginn der Konferenz zu prüfen. Diese Sachverständigen hätten keine Befugnis, politische Fragen zu erörtern. Uebrigens sei auch ein Zeitpunkt für ihre Zusammenkunft noch nicht ins Auge gefaßt. Man habe also keineswegs die Absicht, einer Kommission von Sachverständigen das Studium der französischen Note anzuvertrauen.

#### Die Sowjetregierung gegen das Konfortium

London, 13. Februar. Der Pariser Berichterstatter des "Observer" meldet, es bestehe Grund zu der Annahme, daß in amtlichen französischen Kreisen die Ansicht herrsche, daß die Genua-Konferenz um etwa einen Monat verschoben würde. Die Konferenz werde, wie man annehme, in der Hauptsache der russischen Frage gelten. Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß Frankreich auf Wiederherstellung seiner alten Beziehungen zu Rußland ausgehe. Der Berichterstatter weist im Zusammenhang damit auf dem in der französischen Presse zugunsten Rußlands organisierten Fehdweg hin. Der Moskauer Vertreter des "Observer" schreibt, die Sowjetdiplomatie habe die Zuversicht, daß der beste Weg, um alle Schwierigkeiten zu beheben, die Einleitung direkter Verhandlungen zwischen Paris und Moskau sei. Während ein Einvernehmen mit Frankreich hauptsächlich aus politischen Gründen gewünscht werde, seien die Interessen der Sowjetregierung in Deutschland vornehmlich wirtschaftlicher Art. Man hoffe in Moskau, daß sich Deutschland weigern werde, an dem geplanten Konfortium teilzunehmen. Die Sowjetdiplomatie bemühe sich ernstlich, Deutschland zu überzeugen, daß seine Teilnahme an einer Verbindung zur Ausbeutung Rußlands zur Eröffnung nicht nur Rußlands, sondern auch Deutschlands führen würde. Zweifellos herrsche Nervosität in Moskau, trotzdem sei dort die Ansicht allgemein, daß ein Einvernehmen mit Deutschland gesichert sei.

#### Vorkonferenz der kleinen Entente

Paris, 12. Februar. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Beneš ist hier angekommen. Er erklärte einem Vertreter des "Intransigent", er wolle die alliierten Regierungen vor der Konferenz von Genua über die Lage in Mitteleuropa aufklären. Er werde bis Ende dieser Woche in Paris bleiben und dann nach London reisen. Die Staaten der kleinen Entente hätten schon vor einigen Tagen beschlossen, unter sich eine Vorkonferenz abzuhalten, bevor sie nach Genua gingen. In der Frage der Vertagung der Konferenz werde man, so erklärte Beneš, sich der Ansicht Frankreichs und Englands anschließen.

#### Neuer Zwischenfall in Irland

London, 12. Februar. Augenzeugen berichten über ein Feuergefecht, das in Clones (Provinz Ulster, Grafschaft Monaghan) zwischen republikanischen Truppen und Spezialkonstablern stattgefunden hat. Das Schießen währte etwa 10 Minuten; vier Konstabler und ein republikanischer Soldat wurden getötet. Eine ganze Polizeilabteilung ist gestern Abend auf Lastkraftwagen durch Ennistullen gekommen. "Daily Chronicle" meldet, daß die Ermordung der 5 Ulster-Polizisten durch irische Republikaner in Clones die Regelung des irischen Gesamtproblems wesentlich erschwert habe. Gestern Abend wurde unter dem Vorsitz Churchills im Kabinet eine Ministerkonferenz abgehalten, auf der eine sehr ernste Auffassung über die neue Entwicklung der irischen Frage vorgeherrschte. Der Premierminister von Ulster, Sir James Craig, habe den Vorschlag gemacht, daß bri-

tische Truppen den Schutz der Grenze Ulsters übernehmen sollen. Craig erhielt ein Telegramm, in dem ihm die britische Regierung mitteilt, daß weitere bedeutende Streitkräfte für Ulster zur Verfügung stehen.

Aus Dublin wird gemeldet, daß der Wahlsfeldzug der Republikaner gegen die Freistaatspartei mit einer großen Kundgebung eröffnet wurde, in der de Valera erklärte, daß sich die Republikaner in keiner Weise durch den Londoner Vertrag als gebunden erachteten. Die britische Regierung teilt mit, daß sofort Schritte zur Entlassung der Irländer unternommen werden würden, die wegen Vergehen in Haft wären, die sie vor Beginn der Waffenruhe in Großbritannien begangen hätten.

#### Reichsratswahlen in Spanien

Von unserem Korrespondenten

Madrid, 7. Februar.

Am Sonntag, den 5. Februar, fanden die Wahlen zum Reichsrat statt, von denen die Hälfte der Mitglieder neu zu wählen waren. Man kennt noch nicht die vollständigen Ergebnisse, aber man weiß, daß die Republikaner in Barcelona, Valencia, Saragossa, Corogna und anderen kleineren Städten mehrere Kandidaten durchgebracht haben. Die Sozialisten haben Erfolge in Valladolid, Ferrol, in der Provinz Cordoba, in Extremadura und in der Provinz Toledo gehabt. Der Schwerpunkt des Kampfes war, wie immer, in Madrid konzentriert. Nachfolgend die Ergebnisse der Wahlen, verglichen mit denen des Jahres 1920: Liberale (Partei des Grafen Romanones) 13 315 (10 787), Konservative (Partei Maura) 13 092 (20 158), Sozialisten 9 264 (13 801), Republikaner 6 434 (8 905), Konservative (Positive) 6 093 (3 954), Linksliberale (Partei Alba) 6 003 (9 082), Reformier 4 525 (4 488), Demokraten (Partei Marquis d'Alhucemas) 4 266 (2 786).

Die Zahl der Stimmen entspricht nicht der Zahl der Gewählten, denn die Liberalen haben 5, die Konservativen (Maura) 10, die Reformier 2, die Konservativen 2, die Linksliberalen 2, und die Sozialisten 1 Sitz erhalten. Außerdem sind zwei Parteiloze gewählt worden. Die Kommunisten, die keine Kandidaten aufgestellt hatten, haben gegen die Sozialisten erdittert gekämpft. Diese sind von dem Ergebnis der Wahl, der ersten nach der Spaltung, nicht enttäuscht. Sie glauben, daß einige Kämpfer, die augenblicklich die Organisationen verlassen haben, angesichts der kommunistischen Unfähigkeit bald wieder auf ihren Posten zurückkehren werden.

#### Konrad Hausmann gestorben

In der Nacht zum Sonntag ist in Stuttgart der demokratische Reichstagsabgeordnete Konrad Hausmann an den Folgen einer Grippe im 65. Lebensjahre gestorben. Hausmann war lange Zeit eine Hoffnung der wirtlich demokratisch und freiheitlich gerichteten Kreise des deutschen Bürgerjums, aber am Ende ist auch er mit dem Strom derer geschwommen, die im Liberalismus die Interessenvertretung des bescheidenen Bürgerjums sehen. Er stand zuerst an der Spitze der Süddeutschen Volkspartei, machte dann die Versammlung der drei freisinnigen Parteien zur Fortschrittlichen Volkspartei mit, und gestellte sich schließlich nach der Resolution zur demokratischen Partei, als es damals dem Bürgerjume zweckmäßig erschien, die Parteiführer zu wechseln. Trotzdem er sich am Pazifismus bekannte, hat er doch die Kriegspolitik der bürgerlichen Parteien mitgemacht. Allerdings gehörte er zu den ersten, die das verlogene Spiel der Obersten Heeresleitung und der Regierung durchschauten. Er wandte sich gegen die tendenziöse Art der Kriegsbekämpfung und schloß sich im Sommer 1917 sofort der Erzbergergruppe an, als diese einen Verständigungsfrieden anzustreben versuchte. Kurz vor dem Zusammenbruch wurde Hausmann im Kabinet des Prinzen Max von Baden Minister ohne Portefeuille. In der Nationalversammlung nahm er an den Arbeiten für die Verfassung lebhaften Anteil; zunehmende Krankheit verhinderte ihn jedoch immer mehr, sich am politischen Leben aktiv zu beteiligen.

Konrad Hausmann hat nicht nur eine umfangreiche politische Tätigkeit ausgeübt, er besaß auch in Stuttgart eine große Anwaltspraxis. Daneben pflegte er noch literarische Interessen. Er überfetzte chinesische Lieder ins Deutsche und gab ein Buch heraus, in dem Lieder orientalischer Völker gesammelt waren. Hausmann besaß die Achtung auch seiner politischen Gegner. Während des Sozialistengesetzes ließ er manchem Gedächtnis seine Unterstützung, so daß er selbst mit dem Haß der politischen Polizei bedacht wurde. Zu August Bebel stand er längere Zeit in freundschaftlichen Beziehungen. Wenn ihn auch zuletzt seine politischen Wege immer weiter von der Arbeiterbewegung abdrängten, so enthielt er sich doch stets jeder gehässigen Bekämpfung der sozialistischen Bestrebungen.

Verkehr zwischen Rußland und Italien. Wie die "Spensia Stefani" meldet, ist in Verfolg des zwischen Italien und Rußland geschlossenen Wirtschaftsabkommens der Briefverkehr zwischen beiden Ländern wieder aufgenommen worden.

### Einige Bemerkungen

Von Emil Barth

Wir geben nachstehende Ausführungen wieder, die uns in vielen Punkten beachtenswert erscheinen, ohne uns mit den Ausführungen über die Beamtenstellung zu identifizieren. Red. d. "St."

Die an die Wurzeln des Wirtschaftslebens greifenden Streikbewegungen der Eisenbahner und städtischen Arbeiter sind beendet. Sie haben die organisatorische Zerrissenheit der Arbeiter gezeigt, zugleich aber auch die Verständnislosigkeit der Regierung und des Magistrats gegenüber den sozialen Notwendigkeiten deutlich ergeben. Nunmehr müssen kurz die daraus abzuleitenden Lehren gezogen werden.

Eine bisher auf das Streikrecht verzichtende Organisation einer Beamtenkategorie trat, ohne die Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen und ohne sich mit den übrigen direkt in Mitleidenschaft gezogenen Organisationen zu verständigen und ohne auch nur in der losesten Form mit den die gesamte Arbeiterschaft vertretenden Spitzenverbänden in Fühlung zu treten, in einen das gesamte Wirtschaftsleben stilllegenden Beamtenstreik.

Sofort wurde nunmehr die schlummernde Frage des Streikrechtes der Beamten akut. Durch die Proklamierung des Streikes und die Ausübung des Streikrechtes hatten die Beamten sich für, durch den Erlaß des Reichspräsidenten hatte sich die Regierung gegen das Beamtenstreikrecht erklärt. Juristische Auslegung mag finden, daß das Koalitionsrecht nicht ohne weiteres das Streikrecht in sich schließt. Vom Standpunkt der gewerkschaftlichen Organisationen aus muß jedoch das Streikrecht als der wesentliche Teil des Koalitionsrechtes erklärt werden, ohne welches dieses bedeutungslos ist.

Ganz einfach liegt diese Frage allerdings nicht, und wenn wir über den Tag hinaus die Frage zu prüfen haben, dann muß sie ernstlich erwogen werden. In einem sozialistischen Staate, wo die Produktion ausschließlich dem Wohle der Allgemeinheit, also nicht den Profitinteressen einzelner dient, kann von einem Recht des Streikes, der dann ein Streik gegen eben dieses allgemeine Wohl darstellen würde, keine Rede sein. Jedoch in einem kapitalistischen Staate, wo dauernd die wirtschaftlichen Interessen der einen Gruppe mit denen der übrigen kollidieren, ist grundsätzlich das Recht auf Streik bei keiner Kategorie zu verneinen. Daß dieser Grundsatz allgemein ist und nicht bloß in den Reihen der Arbeiterschaft, ist daraus zu ersehen, daß sich noch niemand aus den bürgerlichen Reihen gegen den denkbar schlimmsten Streik, den Streik der Ärzte, richtete, einen Streik, bei dem sich die helfende Hand der Wissenschaft in die würgende Hand des Mörders vermandelt.

Und doch liegt die Frage des Streikes der Beamten öffentlich-rechtlicher Körperschaften nicht so eindeutig. Denn das Äquivalent der lebenslänglichen Anstellung, der Pensionierung bei Erwerbsunfähigkeit und Erreichung einer gewissen Altersgrenze sowie die Pensionsberechtigung über das Grab des Beamten hinaus für seine Familie ist ein Privileg der Beamten.

Von diesem Gesichtspunkte aus die Frage des Beamtenstreikrechtes zu betrachten, heißt, der Regierung eine gewisse Berechtigung für ihren Standpunkt zuzubilligen und die Interessensolidarität zwischen Beamten einerseits und Arbeitern und Angestellten andererseits mehr oder minder verneinen. Darum muß von uns grundsätzlich gefordert werden: "Beseitigung aller Beamtenkategorien und allgemeine Anstellung nach dem freien Angestelltenvertrag".

Der Erlaß des Reichspräsidenten wirkte wie eine Janfara für die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft, um für das bedrohte Koalitionsrecht in die Breiche zu springen. Dieser urgewaltige Ausdruck kampfbereiter Solidarität war das einzig begrüßenswerte Moment, das bei der gesamten Bewegung festzustellen war, und viele glaubten, daß dieser Erlaß dazu dienen könne oder sollte, um die gesamten politischen, wirtschaftspolitischen und sozialen Fragen im urgewaltigen Kampfe zum Austrage zu bringen.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, A. D. G. B. und A. F. B. nahmen sofort scharf Stellung gegen den Erlaß des Reichspräsidenten, glaubten jedoch, nachdem ihnen zugesichert war, daß dieser Erlaß sich nur gegen die Beamten richtete, und ihnen in den wesentlichsten, den Streik verursachenden Sachfragen einige Zusicherungen gegeben waren, nicht nur einen allgemeinen Kampf nicht unternehmen zu sollen, sondern forderten auch — über den Kopf der im Kampfe stehenden Organisationen hinweg — die streikenden Beamten zur Ausnahme der Arbeit auf.

Dieses letztere war falsch. Wie steht es mit dem ersteren? Bei einem allgemeinen Kampfe war das Fundament derselben die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, auf die weder der A. D. G. B. noch der A. F. B. irgendwelche Einwirkungsmöglichkeiten besaßen, und ein allgemeiner Kampf wäre in dem Augenblicke zusammengebrochen, in dem die Reichsgewerkschaft den Kampf nach ihr ausweichend erscheinenden Zugeständnissen der Regierung abgebrochen hätte.

Könnte ein Mensch, der die Verantwortung für einen solchen weitgehenden Beschluß zu tragen hatte, auf einem

Solchen morschen Abgründe ein derartig riesiges, unter Umständen das Bestehen der gesamten Gewerkschaftsbewegung in Frage stellendes Beginnen unternehmen? Ich sage: nein! Damit soll noch lange nicht gesagt sein, daß dem T. D. G. B. und UFA-Bund Lobeshymnen od ihres Verhaltens während dieser ganzen Bewegung gesungen werden sollen, doch deshalb, daß sie dem oft stürmisch gestellten Verlangen zu einem allgemeinen Streik nicht nachgekommen sind, ist ihnen auf keinen Fall ein Vorwurf zu machen.

Als nun die Eisenbahnarbeiter und Angestellten, die im Deutschen Eisenbahnerverband organisiert sind, den Solidaritätsstreik für Berlin beschlossen hatten, glaubten sehr viele gewerkschaftlich organisierte Kollegen Berlins, daß die Stunde für einen Generalstreik in Berlin gekommen sei, und befürmten in diesem Sinne die Betriebsrätezentrale.

Wie verfehlt der Solidaritätsstreik der Eisenbahnarbeiter und Angestellten war, geht daraus hervor, daß es ihnen nicht möglich war — da sie ja, ohne von der Reichsgewerkschaft gerufen worden zu sein, in den Streik einzutreten — eine gemeinsame Streikleitung für die aus einem Betriebe Ausständigen zu schaffen, und es darum am Morgen des 8. Februar der Streikleitung der Eisenbahner erst nach mehrstündigem Suchen möglich war, die Streikleitung der Reichsgewerkschaft zu finden, wo ihnen lakonisch erklärt wurde, der Streik sei abgebrochen, aber beharrlich jede Auskunft, auf welcher Grundlage, verweigert wurde. Ebenso wäre es gewesen bei einem allgemeinen Streik der Berliner Arbeiterklasse.

Darum ist es unbedingt notwendig, daß sich ein jeder gewerkschaftlich geschulte und sozialistisch orientierte Kollege darüber klar wird, daß ein Streik, gleichviel, von wem er geführt wird, nur dann eine allgemeine Solidaritätsaktion auslösen darf, wenn die im Streike Stehenden selbst die maßgebenden Körperschaften zur Solidaritätsaktion auffordern und wenn sie sich bereit erklären, daß die größeren die Allgemeinheit interessierenden Fragen des Kampfsobjekt zu bilden haben und ihre eigentlichen Forderungen bis zur Erreichung des gemeinsam gesteckten Zieles zurückzustellen und sie bereit sind, ihre eigene Streikleitung bis zur Beendigung des gemeinsamen Kampfes der Generalstreikleitung unterzuordnen, so daß nicht durch den Abbruch des den allgemeinen Kampf verursachenden Kampfes die Niederlage desselben besiegelt werden kann.

Die Streiklage in Berlin hatte sich kompliziert dadurch, daß in dieser außerordentlich ersten Stunde, wo es täglich möglich werden konnte, daß durch neue Ereignisse unter Umständen die gesamte Arbeiterklasse in den Kampf geführt werden mußte, die städtischen Arbeiter und Angestellten wegen Forderungen, die, an diesem großen Ziele gemessen, als Lappalien bezeichnet werden müssen, in einen Streik traten und somit die Hauptkraft des Berliner Proletariats bei einer eventuellen Solidaritätsaktion vorzeitig verbrauchten.

Solidarität ist der Fels, auf dem allein der sozialistische Gehanke und somit der Sozialismus überhaupt zu ruhen vermag. Solidarität ist aber auch die Voraussetzung zum Kampfe selbst und bedingt eine strenge revolutionäre Disziplin gegenüber der durch Mehrheit gewählten Leitung.

Die Kämpfe sind beendet. Leider nicht so, wie es im Interesse des Proletariats gelegen hätte. Noch ist nicht zu übersehen, wie viele auf der Strecke bleiben werden und ob um deren willen nicht neue schwere Kämpfe zu entbrennen vermögen. Doch das sei klar gesagt: Nicht Kampf um des Kampfes, sondern Kampf um des Zweckes willen — und nur ein Kampf — da er um rein wirtschaftlicher Ziele willen geführt wird — auf Anweisung und unter der Leitung der unabhängigen wirtschaftlichen Organisationen. Wer anders will und wer anders verfährt, ist nicht ein Freund, sondern ein Feind des Proletariats, der verantwortungslos und trivial mit den Räten des Proletariats spielt, um seine Sonderzwecke zu verfolgen.

Krafft in Berlin. Der russische Volksbeauftragte Krafft ist heute auf der Durchreise von London nach Moskau in Berlin zu kurzem Aufenthalt eingetroffen.

Die Interzessionelle Schuld in Amerika. Senator Lodge brachte einen Antrag ein, daß Oesterreich zur Rückzahlung seiner Schulden eine Frist von 25 Jahren eingeräumt werde.

## Die Disziplinierung der Beamten

### Eine Eingabe an den Reichszentralrat

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter hielt am gestrigen Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, zu der Vertreter aus allen Teilen des Reiches erschienen waren. Der Zweck der Aussprache war, festzustellen, in welchem Umfang in den einzelnen Eisenbahndirektionen Maßnahmen nach dem Streik oder Disziplinierungen von Beamten vorgenommen worden sind. Besonders lebhaft wurde von einer Anzahl Beamtenvertretern darüber gesprochen, daß über den Rahmen der vom Reichsverkehrsminister Erzeberger angeführten Befehle namentlich auch Anträge auf Einleitung von Disziplinierungen seitens der Direktionspräsidenten oder anderer Dienststellenleiter eingeleitet worden seien. Im Direktionsbezirk Frankfurt a. M. seien allein 5000 Verfassungen gegen Beamte beantragt worden. In Berlin betrage die Zahl der Disziplinierungen annähernd 20. Insgesamt sei die Zahl der Anträge auf Disziplinierungen mit dem Ziel der Dienstentlassung oder der Abmündungen bei vertriehlich beschuldigten Eisenbahnern auf etwa 20 000 eingeschätzt. Die Reichsgewerkschaft hat deshalb heute dem Reichszentralrat eine Eingabe überreicht, in der der Kanzler gebeten wird, dafür Sorge zu tragen, daß die Disziplinierungen sich im Rahmen der vom Kabinett aufgestellten Richtlinien halten. Weiter heißt es in der Eingabe, daß das bisherige Vorgehen der nachgeordneten Dienststellen bei den Eisenbahnern große Erregung hervorgerufen habe und daß falls die Regierung nicht für Abhilfe Sorge, mit neuen heftigen Aktionen gerechnet werden müsse.

Die Korrespondenz, die diesen Bericht verbreitet, will dazu erfahren haben, daß die von der Reichsgewerkschaft angezogenen, allerdings sehr zahlreichen Verfahren noch während des Streiks, also noch vor Einstellung der Richtlinien durch das Kabinett, von den Direktionspräsidenten, den Leitern von Werkstätten, Betriebsämtern usw. beantragt worden seien. Es sei deshalb auch nicht anzunehmen, daß alle diese Verfahren auch wirklich durchgeführt werden.

## Der Kampf um Wirth

Die Reichspressen führt einen wahren Indianerkrieg auf. Sie schwängeln schon Wirths Sturz, als ob sie ihn wirklich schon hätte. „Die Zeit“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, hält die Reaktion für so gefährlich, daß es zweifelhaft sei, ob Wirth sich noch retten könne. Das Blatt schreit:

Auf Wunsch des Zentrums ist die Abstimmung dann verlegt worden, was durchaus den Wünschen des Hauses entspricht und in keiner Weise als ein tatsächlicher Erfolg etwa des Herrn Dr. Wirth angesehen werden kann. Denn wenn der Reichszentralrat bis zum nächsten Mittwoch auch Zeit gewinnt, so ist es doch zweifelhaft, ob er damit irgend etwas an der für ihn recht gefährlichen Lage ändern kann. Die Fraktionen der Opposition, die ihre Mißtrauensanträge eingereicht haben, werden auch am nächsten Mittwoch noch auf diesen Anträgen bestehen. Von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei kann man jedenfalls mit aller Sicherheit behaupten, daß sie auch nicht einen Bruchstücken ihres Mißtrauensvotums preisgeben wird, und daß Herr Dr. Wirth, wenn am nächsten Mittwoch die Vertrauensfrage gestellt wird, von ihr mit aller Sicherheit ein Nein erhalten wird. Die einzige Hoffnung, die Herr Wirth noch haben kann, ruht auf den Unabhängigen. Aber auch sie ist schwach.

Die „Germania“ enthält sich vorläufig noch jeder Voraussage. Das Zentrumsbüro sagt lediglich:

Daß der Kanzler ein eindeutiges und positives Botschaft für sich und sein Kabinett fordert, wenn er so ungeheure Lasten der Verantwortung zu tragen hat, ist nur zu verständlich. Denn es scheint auch uns nicht angängig zu sein, daß ein Kabinett auf die Dauer keine Arbeit nur auf abgelehnte Mißtrauensvoten ruht.

Georg Bernhard in der „Boschischen Zeitung“ ist noch recht optimistisch. Er meint, daß die Regierungsparteien am Sonnabend, abend eine Art von Generalprobe vorgenommen hätten. Das Ergebnis sei höchst zufriedenstellend gewesen, denn niemand habe den Eindruck erwecken wollen, als ob es er auf eine schnelle Ministerstürze abgesehen hätte. Er sagt weiter:

Für das Vertrauensvotum der Regierungsparteien wird sich am Mittwoch eine Mehrheit ergeben. Sie wird vielleicht sogar größer sein, als man heute rechnerisch anzunehmen geneigt ist. Denn sowohl die Volkspartei als die unabhängige Sozialdemokratie haben bis in die Mitte der nächsten Woche hinein reichlich Zeit, sich ihre Stellungnahme zu überlegen und die Rücksicht abzuwägen, die sie auf die doch wahrscheinlich nicht leichte augen-

politische Situation des Reiches nehmen wollen. Wenn die beiden Flügelparteien des Regierungsbündes allein von diesen sachlichen Erwägungen sich leiten lassen, so kann ihnen die Entscheidung gar nicht schwer werden. Der unabhängigen Sozialdemokratie kann nichts daran gelegen sein, die Missionstätigkeit eines Kabinetts zu schwächen, dessen Außenpolitik sie billigt. Sie würde ihre Hand zur Untergrabung der Autorität und damit zum schließlichen Sturz der Regierung nur dann bieten, wenn sie gewiß wäre, entweder die Chancen einer sozialistischen Opposition gegen eine bürgerliche Regierungsmehrheit, mit einem Reichszentralrat aus dem rechten Flügel des Zentrums auszulösen, oder wenn sie glaubte, eine „reine Arbeiterregierung“ mit der Mehrheitssozialdemokratie zusammen bilden zu können. Aber um die vorherzusehenden außerordentlichen Vorteile der ersten Möglichkeit in Kauf zu nehmen, ist sie weder disziplinär noch fähig genug, und der zweiten Möglichkeit wird sie bei ruhiger Erwägung wohl kaum sehr große Chancen geben.

Wenigstens schmerzt es die Zukunft. Er hält es noch immer für fraglich, daß die Deutsche Volkspartei den Mut aufbringen würde, das Kabinett Wirth zu stürzen, indem sie gegen das Zentrumsvotum stimmt.

Fällt aber, gegen alle Voraussagen, die Entscheidung doch gegen das Kabinett Wirth aus, dann hat die Folgen unsehbar. Innerer ganzen bisherigen Außenpolitik, die in wünschenswerter Weise die Beziehungen für eine deutsch-russische internationale Atmosphäre geklärt hätte, würde mit einem Schlag der Boden unter den Füßen fortgerissen werden. Eine abermalige Koalitionspolitik der drei Mittelparteien würde nicht mehr in Betracht kommen, da sie sich soeben als unmöglich herausgestellt hätte. Eine Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei würde schon an dem Widerstand der Sozialdemokratie scheitern. Eine Koalitionspolitik wäre ein Ding der Unmöglichkeit. Eine Regierung der drei sozialistischen Parteien desgleichen. Es bliebe also in diesem Falle nur noch der Appell an das Volk übrig, um den gordischen Knoten zu durchhauen. Vermutlich würde eine Präsidentschaft dazu kommen und die ganze Situation noch mehr komplizieren, da der Reichspräsident Ebert wahrscheinlich auch dann seinerseits die Forderungen aus dem enghirnigen Scheitern einer Koalitionspolitik der Mitte stehen würde. Die Volkspartei trifft allein die Schuld an diesem Wirth, das sich jetzt nur uns erscheidend wie ein Geisteserbe. Sie haben in einer Stunde, da Verantwortungsbewußtsein das höchste Gebot war, weniger aus sachlichen als aus persönlichen Gründen, unverantwortlich leichtfertig gehandelt. Auch die Meldung der heutigen Ausgabe des „Sozial-Anzeigers“, wonach schon Verhandlungen zwischen Reichssozialisten und Unabhängigen stattfänden, ist aus der Luft gegriffen.

Was die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie zu der Kabinettkrise anlangt, so beruhen die von uns wiederholt gegebenen Versicherungen der bürgerlichen Presse selbstverständlich auf Mutmaßungen. Unsere Fraktion wird sich in ihrer Haltung gegenüber dem Kabinett Wirth, wie bisher, so auch bei dieser Gelegenheit, nur von den Rücksichten auf die Interessen der Arbeiterklasse leiten lassen.

## Die Affäre Dertter

In der „Braunschweigischen Landeszeitung“ veröffentlicht der Großfabrikant Wemmel in Hehlen eine eidesstattliche Erklärung, daß er den bekannten Vorkriegsminister Dertter, in dem dieser für geleistete amtliche Dienste drei Prozent des Reingewinns sämtlicher Wemmelscher Unternehmungen forderie, niemals erhalten und daß Dertter niemals für geleistete Dienste Gegenleistungen von ihm empfangen habe.

## Umsturz in Persien

London, 13. Februar. Reuter meldet aus Teheran vom 12. d. M.: Regierungstruppen haben Täbris genommen. Der Demokratieführer Lahuti Khan, der die Stadt vor einigen Tagen den Kofaken entlassen hatte, ist mit einem Teil seiner Anhänger geflohen. Der Rest hat sich ergeben. Ismail Khan als Kofakenführer ist zum Militär-gouverneur von Täbris ernannt worden. Zahlreiche bekannte Demokraten und einige lausliche Volkswaffen wurden verhaftet. Im Verlauf der Kämpfe wurden zahlreiche Leben geplündert. Alle Europäer und Amerikaner befinden sich in Sicherheit; in der Stadt herrscht jetzt Ruhe.

## Unsoziales Arztum

Von Dr. med. Bohn, Kreis kommunalarzt a. D.

In vorzüglicher Weise hat Genosse Dr. Moses auf dem Leipziger Parteitag einen der dunkelsten Winkel der sozialen Reaktion beleuchtet: jenes Arztum, das sich immer nur in den Diensten der Macht stellt. Wie kennen es vom Kriege her heute alle nur zu genau. Seit jeder Mann die Urteile der R. V. Schreiber, der Rauschmeißel- und Nordkommissionen irgendwo am eignen Leibe erfahren hat, ist das letzte mystische Strahlenbündel auf den Hauptern der Ärzte verflochten. Die höhere Stelle besetzt und der Arzt liefert. Ein Stabsarzt hat mir einmal gesagt, und dasselbe habe ich immer selbst gesagt, wir kämen uns vor wie Lieferanten für ein Menschenschlachthaus, wenn wir Mannschaften auf Dienstfähigkeit untersuchen mühten. Und wir waren beide sozial denkende und führende Ärzte an der Front selbst. Nun sind die Sanitätsoffiziere mit dem stolzen Heere zugleich hinweggefegt — ach, es gab so entsetzlich viel Sanitätsoffiziere und so wenig Militärärzte — aber der Geist wird noch Jahrzehnte lang umgehen, der Geist völligen Mangels an sozialem Fühlen und Verstehen. Denn die Masse der Ärzte ist tief reaktionär und unheilbar unsozial. Jede Erweiterung der sozialen Gesetzgebung auf dem Gebiete der Fürsorge und Versorgung der Kranken ist von ihnen stets aufs heftigste bekämpft worden, augenblicklich wieder stehen wegen der 4000 Mark-Grenze heftige Kassenkämpfe bevor. „Jede Fürsorge erzeugt die Ärztemasse zur heftigsten Abwehrbewegung. Wir wollen keine Fürsorgestellen und Fürsorgeärzte, sie nehmen uns die Patienten weg, die Säuglinge, Tuberkulose, Geschlechtskranken — wir wollen selbst jeder in seinem Bezirke Fürsorge treiben“ — und wenn es uns paßt, sie sabotieren. „Das Maß der Aufklärung bestimmen wir!“

Am nächsten sind natürlich die Gruppen von Landärzten. Als ich zum Kreis kommunalarzt gewählt war, drohten die Ärzte des Kreises, jede weitere (übrigens gutbezahlte) Fürsorge sofort einzustellen — was weiter geschah, davon ein anderes Mal.

Schulärzte im Nebenamt — jeder in seinem Bezirk und neben einer großen Privatpraxis, gut bezahlt natürlich — mag sein. Aber ein hauptamtlicher, beamteter Nichts-als-Schulärzt — weg damit. Oder doch; er muß nur streng verpflichtet sein, kein krankes Kind zu behandeln. Er mag Zutreiber und Ha. Yanger der Praktiker sein, selbst jede Heilkunst verlieren, nur zur Untersuchungsmaschine werden. — behandeln, extraderbieten, „das wollen wir“.

Von diesem System müssen wir abkommen, zum Schulärzt gehört die Schulpolitik — aber das kostet erbitterte

Kämpfe gegen die Ärzteschaft — sonst sind dreiviertel des schularztlichen Dienstes umsonst und die Bevölkerung verliert das Interesse an der schularztlichen Untersuchung „wenn doch nichts geschieht“.

Unsozial sind die Ärzte selbst unter sich. Sie wollen keine amtlichen Fürsorgeärzte; daß dabei der Erwerbslosigkeit unter den Ärzten abgeholfen werden könnte, fört sie nicht. Sie wollen auch als Kassenärzte im Grunde nicht die volle freie Ärztemasse, sondern nur eine Art Gildegenossen. Die Gilde zieht das Pauschale ein und läßt nur praktizieren, wer ihr paßt, wer sich zu ihrem Banner bekennet. In München hat die Gilde der im Kriege dahin Gehenden sofort wieder die allgemeine zweiwöchige Karenzzeit eingeführt, das heißt, wer sich in München niederläßt, und sei er ein alter Kassenarzt, sei ihm durch 4 oder 5 Kriegsjahre seine alte Kundenschaft von den Heimgebliebenen weggenommen worden, habe er 5 Jahre lang sich als Kriegsgefangener irgendwo in Rußland oder Frankreich ohne Einigkeit der Mitgefangenen angenommen; will er, erwerbslos, jetzt in München neu anfangen, dann läßt ihm für zwei Jahre alle Kassen gesperrt! Nur wenn er so kapitalkräftig ist, daß ers zunächst mal 2 Jahre aushält, kann er in München — hoffen. Und dann muß er noch höchst artig sein. Fürs eigne Denken, für Revolutionäre in der Heilkunst ist keine Praxis zu haben; denn die Gilde liebt und schützt das Alte.

Auch die Heilkunst entwickelt sich nicht langsam durch Evolution zur höchsten Blüte, sondern stöße, revolutionär, wie alles in der Welt.

Wir haben Tausende erwerbslose Ärzte und Millionen fürsorgebedürftiger Volksgenossen. Wir haben 6-Monatskurse zur Ausbildung in sozialer Medizin — ob auch in sozialer Denk- und Fühlweise? Und doch ist der Zutritt zu ausgeschriebenen Stellen nicht allzugroß. Für soziale Betätigung als Kommunalbeamter steht eben bei der Ärztemasse noch der lehrliche Boden. Den bildet auch nicht ein Kurzus in sozialer Medizin und kein Kreisarztexamen, sondern nur das Leben unter dem Volke und das soziale Gewissen des einzelnen. Im Studentenkorps, in den Kliniken und gar bei der herrlichen Armee ist es bisher eben nicht gepflegt worden.

Außerdem betrachtet heute zunächst der „zuständige“, einst königliche Kreisarzt, jetzt Kreis medizinischer Rat der Republik, die neuerlichsten Kommunalarztstellen als sein Herrschaftsgebiet — neben seiner Staatsstellung und neben seiner Privatpraxis, und ist der natürliche Gegner des Sozialarztes. Er ist aber immer reaktionär, meist in den Anschauungen des wilhelminischen Zeitalters befangen, deshalb unsozial selbst gegen den Kollegen; sonst müßte er sich freuen, wenn wieder ein erwerbsloser Arzt weniger da ist.

Das soziale Unverständnis der Masse der älteren Ärzte ist aber das Haupthemmnis der Sozialisierung der Heil-

wesens. Die Kleinerinkommen mancher Spezialisten kann die Beamtenlaufbahn nicht gewähren, und solches Kleinerinkommen erhoffen sie alle im Geiste. Die Zahl der sozialistischen Ärzte ist klein, (etwa 200 in ganz Deutschland) und gehören zum sozialistischen Ärzteverein, aber sie wächst. Vielleicht hilft das Fortschreiten der allgemeinen Volkerversicherung, vielleicht bringt die Einflücht der weniger älteren und immer zahlreicher werdenden jüngeren Anhänger des Sozialversicherungsgedankens allmählich durch. Aufgabe der Kommunen ist es, durch Organisation einer nicht an den Kreisarzt-Mechanismus gebundenen ärztlichen Fürsorge den Hilfsbedürftigen auch Hilfe zu schaffen. Wo das Bedürfnis stark ist, haben sich noch immer die geeigneten Männer und Frauen gefunden.

## Proletarische Feierstunden

Im Großen Schauspielhaus

Schuberts lieblich-wehmütvolles Andantino leitete die Sonntagsspiele ein, Andante und Finale aus der C-moll-Serenade ließen edlen Mozart erklingen. „Frühlingserwache“ und „Brüder zur Sonne“, vorgetragen vom Berliner Schaubühnenorchester, erwießen sich als vorbildliche Gesangsleistungen. Und doch war es diesmal nicht die Musik, die Erquickung des Geistes und Herzens suchende Menschen ganz in ihren Bann zog — die Feierstunden gehörten dem gesprochenen Worte, dem Worte menschlichen Mührens und Wählens und dem glühenden Redewort des Dichters. Musik wollte nichts weiter als zur Stimmung leiten und eine goldene Stunde umrahmen, und das gelang ihr durch das Bemühen von Heinz Tietzen und seinem Orchester wie durch die glänzliche Auswahl der Vortragsgäste ganz vorzüglich.

Aus Erdennähen ein Ruf nach Freude, ein unerfüllbarer Wunsch nach Erlösung durch die Freude war Geist, Klang und Wort dieser harmlosen Feierstunden. Es war ein Wandern nach „Gedanken, die sich im Lichte haben“ — jenem Dichterverbale aus Schönlaufs „Erdzürn“, das Genosse Crispian zum Mittelpunkt seiner tiefempfindlichen, die Hörer zwingenden Ansprache machte. Wie die Sehnsucht nach den Geliebten des Lichts sich in der Menschheitsgeschichte entwickelte, von Platon's aristokratischem Kommunismus über den christlichen Urmunismus (Die Hoffnung auf ein Wunder führte zum Glauben an „a Wunder“) und die kommunistischen Sekten, Gemeinschaften, Utopien; die ersten proletarischen Menschheitskämpfer bis zur Schaffung des wissenschaftlichen Sozialismus, der mitten im Leben wurzelt — das wurde trotz aller Kürze in so warmen, überzeugenden Worten zum Ausdruck gebracht, daß sich die Wälder durch das Verbot nicht abhärten ließen und in lauten Beifallsbezeugungen Dank und Zustimmung erkundeten.

Man fand sich nach dieser Ansprache, die mehr, die ein Bekenntnis voll unmittelbarer Werbestraft war, leichter und leicht in Schönlaufs innig-schlichter, von Begierde getragener und zu Begierde fortziehender Dichterei zurecht. Hätte sich auch zurecht gefunden, wenn nicht die Rede aus Hördertins „Empedokles“ —

# Gerlach und die Demokraten

Wie Herr v. Gerlach in der „Welt am Montag“ mitteilt, bekam er kürzlich den Brief eines Führers der Demokratischen Partei, worin mitgeteilt wurde, daß verschiedene Auswahlanträge gegen ihn vorlägen. Als Grund dafür war angegeben, daß sozialistische Blätter sich häufig auf die Kritik Gerlachs beriefen; ferner, daß seine Zugehörigkeit zur Demokratischen Partei zahlreiche Übertritte zur Deutschen Volkspartei zur Folge hätten.

Gerlach veröffentlicht nun in der „Welt am Montag“ seine Antwort. Er erklärt seinen Austritt aus der Demokratischen Partei. Einen Kampf um die Mitgliedschaft wolle er erst gar nicht führen, da das Objekt den Kampf nicht lechne. Weiter sagt Gerlach:

„Mit großer Freude habe ich gleich nach der Revolution an der Begründung der Deutschen Demokratischen Partei teilgenommen und ihren Gründungsauftrag unterschrieben, wie ich ihn auch heute noch Wort für Wort billige. Aber die Entwicklung der Demokratischen Partei hat in jeder Beziehung meine Erwartungen enttäuscht. Weder in Bezug auf Partizipation noch auf Sozial- oder Steuerpolitik, noch auch nur auf die Vertretung des demokratisch-republikanischen Standpunktes (ich erinnere an die Klagenfrage und die Haltung der bürgerlichen Demokraten) hat sie meines Erachtens die Pflichten erfüllt, die einer radikal-bürgerlichen Partei obliegen. Die Intoleranz der Partei gegenüber der unabhängigen Sozialdemokratie und ihr Verharmen um die Deutsche Volkspartei schienen mir gleich charakteristisch dafür, wie die Deutsche Demokratische Partei steht, und wie eine Partei der Arbeiter bürgerlichen Einkommens nicht stehen sollte.“

Ich sehe keine Möglichkeit mehr, daß die Deutsche Demokratische Partei die Entwicklung nehmen werde, die ihr der Gründungsauftrag vorzuschreiben schien. Sie versprechen sich von meinem Auscheiden ein Verbleiben der noch rechts neigenden Elemente. Ich will der von ihnen gewünschten Entwicklung der Partei nicht im Wege stehen. Doch in Zukunft für die Einzelnen noch weniger als bisher Verantwortung sein wird, zur Deutschen Demokratischen Partei zu stehen, einmische ich aus zahlreichen Beziehungen von Linksdemokraten überall im Lande, die mit seit Jahresfrist versichern, sie bleiben nur noch in der Partei, weil ich für meine Person ein solches Verbleiben noch für zulässig erachte. Der weiteren Annäherung der Deutschen Demokratischen Partei an die Deutsche Volkspartei werden also in Zukunft noch weniger Widerstände erwachsen als bisher.

Bei meinem Scheiden aus der Deutschen Demokratischen Partei kann ich nur versichern, daß ich trotzdem bleibe, was ich war, ein überzeugter Demokrat, der in der konsequenten Demokratie das politische Heil seines Vaterlandes wie der ganzen Menschheit erblickt.

Bei der reaktionären Entwicklung, die die Demokratische Partei genommen hat, wirkt der Austritt Gerlachs beinahe als Selbstverständlichkeit. Sein Hinausdrängen zeigt nur, daß im deutschen Bürgertum für wirklich konsequente demokratische und soziale Politik kein Boden vorhanden ist.

## Lumpenbrigade Korbach

„Ein freies Leben führen wir“

In der „Welt am Montag“ veröffentlicht ein früheres Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Korbach seine Erlebnisse in Oberhessen. Es wird festgestellt, daß das Freikorps Korbach trotz wiederholter Auflösung immer noch munter weiterbesteht und auch keine Wechsellisten unterhält. Die Mitglieder dieser Bande treiben sich immer noch in Schloßen herum, Waffen stehen ihnen in ausreichenden Mengen zur Verfügung.

Die Korbachtruppe wird von deutschnationaler Seite dauernd in Schach genommen und als eine „von hohen vaterländischen Idealen erfüllte Gemeinschaft“ bezeichnet. Auch der frühere demokratische Minister Dominicus hat sich im Landtag anerkennend über sie geäußert. Er warf sich während einer Rede in seine Hauptmannsbrust und betonte mit gehobener Stimme, daß ihn die Taten der Korbachleute in Schloßen, von kleinen Ausnahmen abgesehen, mit Stolz und Bewunderung erfüllt hätten.

Nach den Darstellungen, die das frühere Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Korbach in der „Welt am Montag“ gibt, besteht diese

von Remig mit ebender Leidenschaft vorgetragen — wie eine Art Prolog damit verbunden worden wäre.

Der Sprecher hatte einen Cheering. Es war an ihn die Anforderung einer Höchstleistung gestellt, und er erfüllte sie, unterstützt von den Einzelrednern und in lebendigsten Verbänden mit ihnen. Ob man nun Heinrich Witte das innerlichst aufwühlende „Das ist das Lied vom täglichen Brot“ sprechen hörte oder dumpfen Verzweiflungswort der Chöre: „Streben wir mit unsrem Rechte: untre Hände schaffen nicht“ lauschte — immer hatte man das Gefühl einer ganzen und starken künstlerischen Leistung. Selbst die jähresten Schönheiten der Pariserinnen, an denen ja Schönheits Dichtung fast überflüssig ist, wurde zu klingender Gestaltung — der Sprecher, auf glückliche vor allem mit dem Mittel der Rhythmisierung vertraut, ging bis an die Grenze seiner Möglichkeiten, die dort gegeben sind, wo das Wort in den Geist der Musik übergeht. Schönheits stärkste Seite ist keine berauschende Musikalität. Sie gestaltet es ihm, auch da einfach und natürlich zu bleiben, wo er das Tiefste zu sagen, in das Heiligste menschlicher Seele zu führen hat. Seine „Erlösung“ mühte daher für den Sprecher die banalste Aufgabe sein, die an ihn bisher gestellt wurde. Die Art und Weise, wie ihr der Sprecher gerecht wurde, lieferte den letzten Beweis für seine künstlerische Reife und Unentbehrlichkeit. Es ist wahrhaft ein Trost und eine Aufmunterung für Dichter, daß solche Wege künstlerischer Bemittlung gegeben sind.

Es fällt schwer, von der Gesamtleistung noch die Einzelleistungen von Frau Ellabeh Witte und Hertha Laurin zu trennen. Innerhalb des Sprechers muß ganz besonders auf den Kinderchor hingewiesen werden. Eine schöne Hoffnung. Und Hoffnung, Hoffnungswille war die Seele dieser proletarischen Feiertunden.

Dr. Franz Rothensfelder

Der junge Paul Hindemith. Wir wissen nun, daß Paul Hindemith die größte Hoffnung der jung-deutschen Musik ist, und wir danken dies Wissen der zielstrebigen, arbeitswichtigen Mitteltöne Fritz Windlachs, unter dessen künstlerischer Leitung die „Melos“-Gemeinschaft an zwei aufeinanderfolgenden Abenden — dem ersten als Sonderveranstaltung in den Räumen eines großen Musikvereins, dem zweiten im Rahmen der regelmäßigen „Melos“-Abende im „Sturm“ — einen Überblick über das Schaffen des bisher in Berlin unbekanntesten Komponisten bot. Wir lernten zwei Sätze aus einem Streichquartett, eine Sonate für Brautleute solo kennen, ferner einen noch ungebrachten Jokus erster Gefänge „Des Todes Tod“, nach Dichtungen von Eduard Mörike, mit Begleitung von zwei Violinen und zwei Celli, endlich, gleichfalls aus dem Manuskript, acht Klavierstücke für Sopran, denen Gedichte von Curt Bode, Christian Morgenstern, Heinrich Schilling, Georg Trapp, Else Lasker-Schüler zugrunde liegen. An der Ausführung beteiligte sich neben dem Komponisten, der sich insbesondere als vollkommenster Interpret seiner Bratschenpartie bewährte und zugleich seinem Ruf als erster Konzertmeister des Frankfurter Opernhausorchesters Ehre machte, das vortreffliche Lamina-

Truppe in der Hauptphase aus allerlei zusammengelaufenem Volk: Hofkapellern, Gannern und Zugsoldaten. Die Offiziere treten unter allen möglichen großartigen Namen und in den verschiedensten Verkleidungen auf. Eht an ihnen ist lediglich die deutschnationale Gesinnung. Die Bevölkerung hat nichts zu lachen. Rächliche Schieberreien auf vermeintliche Gegner, Hölzerlein auf den Tanzböden, Hausdurchsuchungen nach verbotenen Waffen, die als Vorwand genommen werden, um Geld, Lebensmittel und andere Gegenstände zu erbeuten: das sind die hauptsächlichsten Taten, denen die Brigade Kobach obliegt.

Für uns lagen diese Darstellungen nichts Neues. Die Kobachbande pflanzt lediglich die Traditionen der Baltikumer und der Freikorps fort. Politisch wichtig ist diese Angelegenheit aber deshalb, weil wieder einmal bewiesen wird, daß alle Zusicherungen der Regierung, die ehemaligen Freikorps seien aufgelöst, nicht zureichend sind. Wohl wurden sogar Ausnahmeverordnungen gegen das Fortbestehen der militärischen Verbände erlassen. Aber sie wurden im Gegensatz zu den Ausnahmeverordnungen der Regierung gegen die Arbeiter nie angewendet.

Warum gelingt es den Organen der Regierung nie, einen Führer dieser Verbände vor Gericht zu bringen, warum wird nicht einmal die Kasse der Putschisten beschlagnahmt? Die Regierung hatte es doch so eilig, die Strafkassen der Arbeiter zu beschlagnahmen. Wenn gegen die verurteilten Horden ehemaliger Freikorps auch nur ein Zehntel jener Energie aufgewendet werden würde, die die Regierung jedesmal zeigt, wenn die Arbeiter für ihre Existenzbedingungen kämpfen wollen, dann wäre es mit der Herrlichkeit dieser Verbände schon längst vorbei.

## Schlechte Lage für republikanische Richter

In Berlin wurde vor einiger Zeit ein republikanischer Richterklub gegründet. Die Gründung hat den Preussischen Richterverein auf die Beine gebracht. Sein Vorstand erläßt, wie der „Vorwärts“ mitteilt, ein vertrauliches Rundschreiben an die Mitglieder, das sich gegen diese Gründung wendet. In dem Rundschreiben heißt es:

Dazu kommt, daß ein jeder Richter, welcher als zu einer bestimmten politischen Richtung gehörend, durch die Zugehörigkeit zu einem Bunde überhaupt abgestempelt ist, es sich gefallen lassen muß, daß er unter Umständen wegen seiner politischen Richtung von einer Partei oder einem Recht Suchenden abgelehnt wird.

Mit dieser Auslegung stellt sich der Preussische Richterverein in der unerhörtesten Weise bloß. Denn er gibt indirekt zu, daß der Richterstand eine Domäne für Monarchisten bleiben sollte. Tatsächlich sind ja auch die meisten deutschen Richter Anhänger des monarchistischen Systems. Sie stehen politisch bei den Deutschnationalen, viele Richter sind eingeschriebene Mitglieder dieser Partei, treiben offen deutschnationale Propaganda und bekennen sich als Gegner der Republik. Das alles macht sie nach Ansicht des Preussischen Richtervereins nicht ungeeignet zum Richteramt, wohl aber ist derjenige Richter, der sich zur Republik bekennt, von vornherein gekennzeichnet, er muß als „befangen“ abgelehnt werden.

Im übrigen stellt fest, daß die wenigen Richter, die sich zur Republik bekennen, keine guten Tage vor sich haben. Im Preussischen Landtag ist wiederholt Klage darüber geführt worden, daß diese Richter in der denkbar übelsten Weise schikaniert werden. Von Beförderungen werden sie so viel wie möglich ausgeschlossen, um ihnen ihr Betätigungsfeld einzuschränken, werden sie in die entlegensten Provinzstädte versetzt. Das Führen von Personalakten ist zwar verboten, dafür laufen Privatakten von Hand zu Hand, zu dem Zweck, mißliebige Richter bei den Kollegen anzuschwärzen. Möglich ist das alles nur deshalb, weil die Spitze, das preussische Justizministerium, vollständig versagt. Der Justizminister, Herr Am Jahnhoff, ist zwar ein korrekter Mann, aber seine Umgebung hindert, wie in jedem anderen Ministerium, jedes Aufkommen eines freien, den neuen Zeitverhältnissen entsprechenden Geistes.

Wiederaufleben des deutschen Seeverkehrs. Reuter meldet aus Hongkong: Am 12. Februar ist der deutsche Dampfer „Handland“ als erstes deutsches Schiff seit dem Kriege hier eingetroffen.

quartett, das diesmal, infolge des Zufalls, daß die Noten erst in letzter Stunde eingetroffen waren, eine Probe seiner verblüffenden Schafffertigkeit gab; in dem fast improvisierten Vortrag der Todesgesänge offenbarte eine Anfängerin, Rini Koller, beachtenswerte Begabung; die Sopranlieder sang, von Felix Petzrel musikalisch und sicher begleitet, Frau Rosa Velling-Boas, sang sie mit ganzer Hingebung und mit dem vollen Einsatz ihres seltenen Könnens, mit meisterhafter Beherrschung des Stils und der Materie. Sela Frau wirkte als Cellistin in dem Jokus erster Gefänge mit.

Der Komponist Hindemith wurzelt in deutscher Ueberlieferung; er kommt, das zeigte sich besonders im langsamen Quartettstück, vom späten Wagner, vom polyphonen Barockstil, hat innere Fühlung mit Brahms und ist in keiner ersten, fast strengen Musikstrebendigkeit Reger, ja auch Brahms näher verwandt als dem klangerreichen Schönberg, dessen Führer Richard Strauß gewesen ist. Aber wir erkennen in ihm den Vertreter einer neuen, einer kommenden Generation; sie hat, diese neue Generation, in fast bedrückender Entwicklung sich weit und immer weiter von den Normen entfernt, um deren Geltung, wie um ein Reichstes, die Pfitzer und Reger gerungen, sie handhabt unerschrocken und unbestimmt, beinahe schon spekulativ die Tonsprache, die aus Hoffmanns Ausdrucksbegriffen Wagner und das von ihm beherrschte Feinstoff geschaffen, sich zum Instrument subtilster und leidenschaftlicher Geschlossenheit gebildet haben. Wäre dies Quartett, diese Sonate, die wir hörten, vor zwanzig Jahren komponiert worden, sie hätten als die Arbeit eines Tolken oder eines Maxzen gewirkt; heute hat das mit frischem Mut, unvergüßelt und unverfälscht, ein drausgängerlich blinder Stürmer hingeschrieben... Ein neues Geschlecht, eine neue Art ist da; das spürt man in dieser Musik. Das man darin spürt, daß heutiges Lebensgefühl aus ihr kommt, ist ihre Rechtfertigung, macht ihren Wert. Andere Zeiten, andere Musik; die Jugend der Vorkriegsjahre, das waren (in der Musik) weiche Reaktionen, zarte Skeptiker; die heutigen sind von gesünder, härteren Schläge dieses Hindemith. Nicht ein neues Genre, sondern, ein neues Geschlecht. Menschen wachsen heran, die solche Musik schreiben und verstehen. Auch der junge Eduard Gebmann, den zu bestimmen im westlichen Berlin augenblicklich zum guten Ton gehört, ist nur ein Tapus, ein Beispiel; das bewirkt der junge Paul Hindemith, der selbst ein Beispiel, doch, mehr als das, der eine eigene Persönlichkeit ist, eine Führerpersönlichkeit vielleicht, der die Jüngsten folgen werden.

Klaus Pringsheim

Hindemiths Quartett. Hindemith, 8 Uhr, im Bürgerklub des Reichstages, Berlin, Sonntag, 12. Februar 1921. Das Quartett besteht aus den Herren: Rini Koller, Sopran; Felix Petzrel, Violine; Rosa Velling-Boas, Violine; Sela Frau, Cello. Hindemiths Quartett. Hindemith, 8 Uhr, im Bürgerklub des Reichstages, Berlin, Sonntag, 12. Februar 1921. Das Quartett besteht aus den Herren: Rini Koller, Sopran; Felix Petzrel, Violine; Rosa Velling-Boas, Violine; Sela Frau, Cello.

# Die Marburger vor dem Reichsgericht

Vor dem ersten Straßensatz des Reichsgerichts in Leipzig findet am heutigen Montag die Revisionsverhandlung in dem Marburger Studentenprozess statt. Die ehemaligen Angehörigen des während der Kapp-Revolution in Thüringen, im März 1920, aufgestellten Marburger Studentenkörpers, Referendar Dr. Göbel und die Studenten Jonas und Gördt, hatten sich im Februar vorigen Jahres vor der Strafkammer in Kassel wegen grober Mißhandlung einiger von ihnen während der Kämpfe in Thüringen gefangengenommenen Arbeiter zu verantworten, doch wurde das Verfahren gegen sie damals auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 eingestellt.

Zwei der Angeklagten, und zwar Göbel und Jonas, waren mit einer Reihe anderer Studenten im Jahre 1920 wegen der Ermordung von 15 Arbeitern auf der Chaussee Eisenach-Gotha angeklagt gewesen, sie wurden aber sämtlich, wie das so üblich geworden ist, sowohl vor dem Kriegsgericht als auch vor dem Schwurgericht in Kassel freigesprochen. Gegen die Anwendung des Amnestiegesetzes im Mißhandlungsprozess hatte Rechtsanwalt Theodor Dieblich, als Rechtsbeistand der als Nebenkläger zugelassenen mißhandelten Arbeiter, die zu demselben Gefangenentransport gehörten, in dem sich auch die „auf der Flucht“ erhaschten Gefangenen befanden, Revision beim Reichsgericht angemeldet. Auf den Ausgang des Prozesses kann man gespannt sein.

Opfer der Arbeit. In der Grafenstädener Maschinenfabrik bei Saarlöben explodierte auf bisher unaufgeklärte Weise ein Heißkessel. Zwei Arbeiter wurden getötet, mehrere andere schwer verletzt. Es ist ein bedeutender Materialschaden entstanden. Der Fabrikbetrieb wird teilweise längere Zeit stillgelegt werden müssen.

## Umsatzsteuer und Konsumgenossenschaft

Mit der Reichsumsatzsteuer im allgemeinen und ihrer Wirkung auf die letzten Verbraucher im besonderen, hat sich die gemeinschaftliche Verwaltung der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend beschäftigt und hierzu folgende Stellung eingenommen:

Namens der 131 000 Personen umfassenden Mitgliedschaft erhebt die Gesamtverwaltung der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend, e. G. m. b. H., den schärfsten Protest gegen die Heranziehung der Konsumgenossenschaften zur Reichsumsatzsteuer, weil diese Sondersteuer den schon durch die von seinem Lohne bzw. Gehalte in Abzug kommende Einkommensteuer herangezogenen organisierten letzten Verbraucher ganz besonders hart trifft. Die letzten Verbraucher haben sich zu dem Zwecke in Konsumantenorganisationen zusammengeschlossen, weil sie für ihre gemeinschaftliche Rechnung Waren einkaufen und nur unter sich — die Mitglieder — verteilen wollen, also kein Gewerbe treiben. Eine nochmalige Besteuerung durch die beschlossene Umsatzsteuer dieser nur zur Verteilung kommenden Waren ist deshalb ein lächerliches Unrecht.

Die Groß-Berliner organisierten letzten Verbraucher erwarten deshalb bestimmt, daß der Anfang November 1921 vom 11. Ausschuss des Reichstages gefaßte Beschluß auf Freilassung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer wieder hergekehrt wird.

Wie uns mitgeteilt wird, ist diese Rundgebung den in Frage kommenden politischen Parteien zugestellt worden und wird erwartet, daß alle Freunde der genossenschaftlichen Bestrebungen der Verbraucher sich tatkräftig für die Freilassung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer einsetzen werden. Unsere Genossen und Genossinnen können wir nicht dringend genug empfehlen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer wieder auf die Notwendigkeit des organisierten Zusammenschlusses in der Konsum-Genossenschaft hinzuwirken.

Tretet restlos ein in Eure Konsum-Genossenschaft.

## Das Pfund Kartoffeln 3 Mark

Am Sonnabend waren in der Zentralmarkthalle größere Posten Kartoffeln eingetroffen. Der Zentner wurde mit 225 M. angeboten. Die meisten Kleinhändler lehnten ab. Sie erklärten, bei solchem Großhandelspreis das Pfund nicht unter 2,75 bis 3 M. verkaufen zu können und fürchteten, die schwer kalkulare Ware nicht los zu werden. Kaufende Händler hatten Kundenschaft an der Hand, die auch für Kartoffeln jeden geforderten Preis zahlte. Koch kein Jahr ist es her, als zahlreiche deutsche Landwirtschaftsverbände erklärten, sie würden den Zentner mit 25 bis 40 M. abgeben, wenn sie die Gewissheit hätten, daß die Kartoffeln unmittelbar in die Verbraucherbände gelangen. Tatsächlich sind auf diesem Wege große Mengen Kartoffeln geliefert worden, aber fast ausschließlich an glückliche Bevorzugte. Die Massen hatten nichts davon. Im vorigen Herbst konnte man nur Kartoffeln für 80 bis 90 M. pro Zentner erhalten. Wer für dieses Geld sich über den Winter versorgen wollte, mußte beinahe einen Teufelsdröckchen opfern. In wenigen Monaten ist also der lächerliche Wucherpreis schon wieder um 200 Prozent gestiegen, was auch durch die Frachtpreissteigerung nicht gerechtfertigt wird. Dabei kommen aus anderen Landesstellen fortgesetzt Nachrichten über viel billigere Kartoffelpreise. Warum soll immer wieder das schon genug ausgeprobt Berlin in darben und bis zum Weißstuten zahlen? Es ist unbedingt zu fordern, daß gerade jetzt, wo doch wohl sehr bald die Deffnung der Kartoffelmieten bevorsteht, dem immer frecher werdenden Treiben der Kartoffelspekulanten energisch entgegengetreten wird. In vielen Tausenden von Groß-Berliner Familien hat man seit Wochen nicht eine einzige Kartoffel genossen können. Wenn zehn Pfund Kartoffeln und ein Brot fast fünfzig Mark kosten, ist eine neue Periode der Unterernährung nicht abzuwenden.

## Erfahrungen der Elternbeiräte

Die Antwort des Kultusministers Bösch auf die sozialdemokratische Anfrage wegen der mit den Elternbeiräten gemachten Erfahrungen läßt es geboten erscheinen, auch die von den Elternbeiräten gemachten Erfahrungen mit Schule und Lehrerschaft zu veröffentlichen. Kurz gesagt, sind es sehr schlechte Erfahrungen gewesen. Die Abneigung der Lehrerschaft gegen die Einrichtung von Elternbeiräten hat von Anfang an jeden Versuch der Förderung und Vertiefung der Beziehungen zwischen Schule und Haus“ geheimni, man kann ruhig sagen, unmöglich gemacht. Abgesehen von Anträgen, die einige Selbstverständlichkeiten betreffen, sind alle anderen Anträge, insbesondere solche grundsätzlicher Natur, vom Lehrerkollegium fast stets abgelehnt worden. Passivität und Standbesitz eines großen Teiles der Lehrerschaft haben jeden beratenden Einfluß der Elternbeiräte unmöglich gemacht.

Die Schule den Lehrern! Eltern, und gar deren Vertreter, die Beiräte, lästiges Weimer! Das scheint die Grundauslassung der Lehrerschaft bis auf wenige Ausnahmen zu sein. Der Leiter der Schule ist in den meisten Fällen der allmächtige Herr, gegen den aufzutreten nur wenige der Lehrer wagen. Die völlige Unkenntnis des Volksschularztes tritt bei vielen Volksschulern ganz benedictlich zutage. Und die Hauptsache; kaum verfallte reaktionäre Gesinnung, die sich bei einzelnen immer wieder durchzuringen vermag. Die Erfahrungen der fast zwei Jahre Elternbeiratsarbeit zeigen deutlich, welchen Gefahren die solchen „Erzieher“ überantworteten Arbeiterkinder ausgesetzt sind. Verziere die Mühe war unsere Arbeit, zur geheimen Freude vieler Lehrer!

Selbst die Bestimmung in ihrer alten Form bestehen bleibt, ist aber an eine Aenderung des bisherigen Zustandes nicht

zu denken. Es fehlt den Elternbeiräten an jedem greifbaren Recht.

Der Schluß des Herrn Boelch, noch weitere Erfahrungen zu sammeln, ist grundsätzlich und verhältnismäßig nur das Uebel. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Das schwammige Hospitienrecht der Eltern, das abhängig ist von der Erlaubnis des Klassenlehrers, muß von dieser Fessel freigemacht werden.

Die Elternbeiräte bzw. deren Vertreter müssen aber auch Zutritt zu den Sitzungen des Lehrerkollegiums erhalten. Das würde manchem Lehrer den Kaden steifen und das Uebergewicht des Schulleiters brechen oder doch mindern.

Furcht vor schlechten Zeugnissen und schlechter Behandlung ihrer Kinder sowie verhängnisvolle Gleichgültigkeit lassen die Mehrzahl der Eltern tatenlos beiseite stehen. Geredet wird übergenug, aber der bloße Hinweis, gravierenden Fällen nachzugehen, läßt sie zurückbleiben.

Wieder ein Reichswehrskandal

Der Reichswehr ist nicht wohl, wenn sie nicht in irgendeiner Weise von sich reden macht. Diese republikanische Kaisergarde hat sich wieder einmal in Berlin einen Streich geleistet, der des Geistes oder besser des Ungeistes, der in der Reichswehr herrscht, durchaus würdig ist.

In dem Usapalast am Zoo wird gegenwärtig ein großer Film: Fredericus Rex aufgeführt, dessen Hersteller als smarte Geschäftsmann wahrscheinlich herausgefunden haben, daß gegenwärtig in Nationalismus ein gutes Geschäft zu machen ist. Da nun die Reichswehr unmöglich untätig beiseite stehen kann, wenn es sich um die Verherrlichung des altpreussischen Spiegrutenmilitarismus handelt, so hat eine Kompagnie württembergischer Reichswehresoldaten zur höheren Ehre der Republik die Vorführung des Films geschloffen besucht.

Wie siehts damit, Herr Geßler? Der Fall der Württemberger Kompagnie läßt den nationalen Ehrgeiz der übrigen republikanischen Reichswehr nicht ruhen. Fast täglich werden solche staatl. angestellten Republikaner in dieses Kino abkommandiert. Warum auch nicht? Die Republik trägt gern zu den Einnahmen aus der Vorführung eines monarchistischen Films bei, sie hats ja!

Die „selbstlose“ Nothilfe

Uns wird geschrieben: Fast alle Zeitungen singen jetzt ein Loblied auf die Technische Nothilfe, „die Retterin in der Not“. Die bürgerliche Presse überbietet sich in ihrem Gefasel über die „selbstlose“ Tätigkeit der Nothilfe. Wer aber mit den Herrschenden der Technischen Nothilfe in nähere Berührung kam, merkte, was dahinter steckte. Diese „Herrschaffen“ kamen aus Schlesien. Orgelhausweise und Waffen trugen sie bei sich.

Selbstlos waren die Mitglieder der Nothilfe gewiß nicht. Die Regierung war genaue Auskunft geben, was die Nothilfe kostete. Unermesslicher Schaden ist auch durch die Pfuscherei der Nothilfe entstanden. Wenn sie die Karre verfahren hatten, so war es natürlich ein Sabotageakt der Streikenden.

Häckerkattung von Fahrgeld an Monatskarteninhaber. Aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks soll, wie uns die Eisenbahndirektion Berlin mitteilt, der auf die Zeit der Nichtbenutzung der Eisenbahn-Monatskarten entfallende Fahrpreisanteil (1/30 für jeden Tag erstattet werden. Die Nichtbenutzungszeit beginnt am 2. II. und endet mit dem Tage, der der Wiederaufnahme des regelmäßigen Verkehrs vorausgeht (9. II.). Schriftlicher Reklamationen bedarf es nicht. Die Anträge sind von den Karteninhabern am Monatschluß persönlich bei der Fahrkartenausgabe anzubringen, wo die Karten geprüft sind. Die Auszahlung der Erstattungsbeträge erfolgt sofort an Ort und Stelle gegen Quittung. Auch für nicht noch ausgenutzte Wochenkarten aus der Woche vom 29. I. bis 4. II. kann auf gleichem Wege die Erstattung von 1/3 des Fahrpreises erlangt werden. Solche Anträge können sofort gestellt werden. Für später gelöste Wochen- und Monatskarten findet keine Erstattung statt. Das Publikum wird gebeten, Reklamationen nur in den verkehrsreichen Stunden vorzubringen, um unliebsame Verzögerungen und großen Andrang zu vermeiden.

Volkbildungsamt Reinickendorf. Der Kursus Klasse findet heute abend 7 1/2 Uhr im Volkbildungsamt, Verwaltungsgebäude, Zimmer 62, statt.

Großer Speicherbrand. Seit heute früh 3 1/2 Uhr stehen die Anlagen des Südbahnhofes am Köpenicker Platz in hellen Flammen. Hier befinden sich große Speicher mit Lebensmitteln und anderen Vorräten. Zahlreiche Feuerwehren sind zur Stelle und zur Zeit mit dem Ablösen des Brandes beschäftigt. Der Schaden ist noch unüberschaubar.

# Gewerkschaftliches

## Maßregelungen in der Hauptwerkstätte der Straßenbahn

Die vereinbarten Schlichtungsausschüsse noch nicht in Tätigkeit

Wie wir erfahren, sind bei der Hauptwerkstätte der Berliner Straßenbahn in der Uferstraße eine Anzahl von Nichtwiedereinstellungen erfolgt, die erkennen lassen, daß man sich dort an die getroffenen Vereinbarungen nicht für gebunden hält, sondern die Gelegenheit benützt, mißliebige Arbeiter zu maßregeln. Für dieses Vorgehen hat man an dieser Stelle nicht mal den sonst allgemein angewandten Vorwand des Vorbaus zum Anlaß genommen. Es steht fest, daß nach den vorhergenommenen Entlassungen noch eine Anzahl Leute eingestellt wurden, die bisher nicht im Betriebe tätig waren. Bei diesem Vorgehen handelt es sich zweifellos um nichts anderes als um eine gewollte Zurückstellung der in Frage kommenden Arbeiter. Da es sich zum Teil um langjährig Beschäftigte mit großen Familien handelt, deren Tätigkeit bisher zu Beanstandungen keinerlei Anlaß gegeben hat, müssen die vereinbarten Schlichtungsstellen, denen diese Fälle unterbreitet werden, zweifellos die Entlassungen rückgängig machen. Die beabsichtigte Bestrafung glaubt man aber schon dadurch zu erreichen, daß man auf diese Weise den Betroffenen einen Lohnausfall für mehrere Tage oder Wochen aussetzt. Diesem scharfmacherischen Vorgehen der Leitung der Hauptwerkstätte muß von den verantwortlichen Stellen im Magistrat auf schnellstem Wege begegnet werden. Das ist nur möglich, wenn der Magistrat mit den Organisationen sofort die vereinbarten Schlichtungsstellen einsetzt und diese ihre Tätigkeit aufnehmen. Eine Verzögerung der Aufnahme der Tätigkeit der Schlichtungsstellen muß bei den Gemäßigten die auch von anderer Seite geäußerte Annahme aufs neue verstärken, daß die vereinbarten Schlichtungsstellen nicht ausreichen, um den geplanten Maßregelungen schnell und energisch zu begegnen.

## Adam Drunzel gestorben

Ein harter Schlag hat den Deutschen Töpferverband betroffen. Der langjährige Vorsitzende des Verbandes, Adam Drunzel, ist am 1. Februar im Hebewegkrankenhaus zu Berlin verstorben. Eine Lungenentzündung mit nachfolgender Brustfellentzündung, die eine Operation nötig machte, hat, nachdem eine unmittelbare Gefahr bereits nicht mehr vorliegend schien, seinem Leben ein frühzeitiges Ende bereitet.

Adam Drunzel war der deutschen Gewerkschaftswelt ein guter Bekannter. Im Jahre 1863 in Würzburg geboren, kam er frühzeitig zur Gewerkschaft und zur sozialdemokratischen Partei. Schon im Jahre 1892 war er Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins zu Dresden-Neustadt, auch war er Vorstandsmitglied der Dresdener Orlustrantenkasse und Gewerbegerichtsbeisitzer in Dresden. Vorher, im Jahre 1887, war er Vorsitzender des Fachvereins der Chemnitzer Töpfer, 1890 Vorsitzender des Dresdener Fachvereins der Töpfer. Im Jahre 1896 wurde er der Vorsitzende des Verbandsausschusses und im Jahre 1899 berief ihn das Vertrauen seiner Gewerkschaftsgenossen an die erste Stelle des Verbandes. Als erster Vorsitzender entwickelte Drunzel eine äußerst fruchtbare Tätigkeit, er verstand es in vorzüglicher Weise, dem Verband der Töpfer und Berufsgenossen auch die nötige Achtung beim Unternehmertum zu verschaffen. Als geborener Taktiker fand er sich in schwierigen Lagen zurecht, vor allem wählte er stets das Erreichbare vom Unreichbaren zu trennen. Unter seiner Leitung kam schon lange vor dem Weltkrieg eine umfangreiche Tarifpolitik mit den Unternehmern zur Durchführung. Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gehörte er vom Jahre 1905 bis 1911 an, auch schrieb er die Geschichte der deutschen Töpferbewegung.

Durch das Hinscheiden Adam Drunzels erleidet die Gewerkschaftsbewegung und vor allem der Töpferverband einen herben Verlust.

## Beiratkonferenz des Glaserverbandes

Der Vorstand des Glaserverbandes hatte eine Konferenz des Vorstandes, des Ausschusses, des Beirats und der Gauleiter zum 29. und 30. Januar nach Leipzig einberufen. Der Verbandsvorsitzende Eichhorn berichtete eingehend über die Verhältnisse seit dem letzten Verbandstage 1919, wobei er die große Arbeitslosigkeit im Glasergewerbe schilderte und der vielen Lohnbewegungen und Streiks im eigenen Werke, aber auch der Sympathiestreiks gedachte, in welche der Verband verwickelt wurde, wodurch große Summen ausgegeben wurden. In den 7 Quartalen sind allein für Arbeitslosen, Kranke, Krankunterstützung usw. 423 680 Mark und für Ausperrungen und Streiks 236 667 Mark ausgegeben worden.

Nachdem der Hauptkassierer Leipnig über die Kassenerhältnisse berichtet hatte, wurden die Beiträge folgendermaßen festgelegt: Bis 8 Mark Stundenlohn 6 Mark, 12 Mark Stundenlohn 9 Mark, bis 15 Mark Stundenlohn 12 Mark, bis 18 Mark Stundenlohn 15 Mark. Bei weiterer Erhöhung des

Stundenlohnes von 3 zu 3 Mark erhöht sich der Wochenbeitrag ebenfalls um 3 Mark. Von diesen Beiträgen verbleiben 20 v. H. den Jahressen.

Die Streikunterstützung wurde nach den Beitragssätzen in 4 Klassen zu den Höchstätzen wöchentlich 175 Mark, 203 Mark, 217 Mark und bei 15 Mark Beitrag auf 245 Mark festgesetzt. Auch die Erwerbslosen, Kranken- und Sterbemerkung wurde entsprechend erhöht. Die erhöhten Beiträge sollen am 1. März und die erhöhte Unterstützung am 1. Mai 1922 in Kraft treten. Nach eingehender Aussprache über die Industrieverbände und den Baugewerksbund wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 29. und 30. Januar 1922 in Leipzig tagende Beiratkonferenz des Zentralverbandes der Glaser Deutschlands erwartet die Gründung des Baugewerksbundes und tritt geschlossen für diesen ein.“

Der Hauptvorstand wird beauftragt, alle Mittel anzuwenden, um den Anstoß zu beschleunigen. Der nächste Verbandstag soll Ende September oder Anfang Oktober 1922 stattfinden.

Delegierte zur Generalversammlung des Zentralverbandes der Angelegten! Die Generalversammlung findet nicht am 14. Februar in den Sophien-Sälen, sondern am 21. Februar in den Kaiser-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 30-31, statt.

## Jugendbewegung

E. S. J. Groß-Berlin. Die Zentralvorstandssitzung findet am Donnerstag, 18. Februar, in der Schule Wilhelmstraße 16 (Klassenzimmer) statt. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. - Agitationsbeirat Ober. Dienstag, den 14. Februar, alle Gruppen des Bezirks beiseite die Gruppe Oberndorf, Treffpunkt um 7 Uhr Rathaus Oberndorf. Sonntag, den 19. Februar, Besuch des Märkischen Museums; Treffpunkt 10 Uhr am Eingang des Museums. - Agitationsbeirat Norden. Sonnabend, 18. Februar, 7 Uhr, bei Lehmann, Justizstr. 43 findet die Sitzung des Bezirks statt. Die Vorreden der Gruppen Norden, Wedding, Gesundbrunnen, Reinickendorf-Ost und -West haben zu erledigen. - Gruppe Nordosten. Dienstag, 14. Februar, Lernen in der Schule Kappeler Str. 45. Mittwoch, 15. Februar, Lejeband (Wilmersdorf).

## Parteiveranstaltungen

Neues Referentenmaterial über Steuerfragen ist erschienen und zum Preise von 1,50 M. pro Stück vom Hauptkassierer des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U. S. V. D., Genossen Herbst, erhältlich. - Auswärtige Bestellungen sind, wegen Portiersparnis, in den Ortsgruppen zu sammeln und gemeinsam aufzugeben.

### Montag, 13. Februar

28. Vermittlungsbeirat (Reinickendorf, Tegel, Wilmersdorf, Hermsdorf). 19.15 Uhr abends Sitzung der Freizeitsitzung im Sitzungssaal des Reinickendorfer Rathauses, Hauptstr. 28. Hierzu die Delegierten der Kommunalen Kommissionen 3. und 4. Bezirk. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung der freien Schulgemeinde Berlin-Tiergarten, Kula-Waldfest Str. 20.

### Dienstag, 14. Februar

9. Vermittlungsbeirat (Wilmersdorf, Schöneberg, Gropiusstadt). Abends 7 1/2 Uhr bei Kulla, Wilmersdorf, Lauenburger Str. 21, Sitzung des gesamten Vorstandes, der Funktionäre, der Funktionäre und der Delegierten der Kommunalen und Agitationskommissionen, sowie des Ausschusses der Ortsbeiräte. 13. Vermittlungsbeirat (Köpenick, Reinickendorf, Marienfelde, Pankow). Abends 8 Uhr gemeinsame Sitzung der Bildungsausschüsse der vier Orte mit den Bezirksleitern und den Mitgliedern der Agitationskommissionen in Reinickendorf, Pankow, Köpenick, Rathausstraße, Zimmer 10.

### Mittwoch, 15. Februar

15. Vermittlungsbeirat, Abteilung Niedersiedel. Abends 8 Uhr Abendsabend im Reichsanwaltschaftsamt, Kabinettstraße. Tagesordnung: Bericht von der Reichsanwaltschaft. Referent: Genosse Schmitt. 7. Bezirk (Wedding). Abends 7 Uhr Frauenabend bei Carus, Wallowstraße 37. Vortrag der Genossin Einneser über die Arbeit der Frauen. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Klobe, Sandbergstraße 90-91. Genosse Gollisch spricht über die Arbeit des letzten Streiks. 14. Bezirk. Abends 7 Uhr Sitzung bei Robert Stiemer. 14. Bezirk. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Selow, Prinz-Schallertstraße 16. Vortrag des Genossen Stadtrat Schlichting über den Streik in der Stadtgemeinde Berlin.

## Bereinskalender

Rebeller-Operantillen. Die anschließigen Karte begeben eine Woche später. Donnerstag, 16. Februar, 7 1/2 Uhr: Schöneberg, Hauptstraße (Schule) und Neue Straße, Kallertstraße-Str. 4. Freitag, den 17. Februar, 7 1/2 Uhr: Reinickendorf, Straße 16-17. Montag, den 20. Februar, 7 1/2 Uhr: Charlottenburg, Köpenicker Str. 10 und Wedding, Köpenicker Str. 4. Monatsversammlung Dienstag, den 21. Februar, Wilmersdorf, 16-17.

### Montag, 13. Februar

1. Bezirk „Mitt“. Abends 7 Uhr Sitzung der Delegierten aller dem Kartellverband für Sport- und Körperpflege angeschlossenen Vereine in der Gemeindehalle Köpenick, 25, 3 Tr. Hand der technischen Angehörigen und Beamten. Mitgliederversammlung. Wilmersdorf: Kaffee-Garten, 7 1/2 Uhr. - Nordwest II: Jugendhaus, Köpenicker Straße 50, 7 1/2 Uhr.

### Dienstag, 14. Februar

Hand der technischen Angehörigen und Beamten. Mitgliederversammlung. Pankow: Jochenberg, Hohenzollern-Platz, 7 1/2 Uhr. - Pankow: Köp. Linder, Breite Str. 34, 7 1/2 Uhr.

### Mittwoch, 15. Februar

Zentralverband der Schuhmacher. 6 1/2 Uhr Vorstandssitzung der Reichsanwaltschaft, Kabinettstraße, am 15. Februar, 7 1/2 Uhr: Charlottenburg, Köpenicker Str. 10. 7. Bezirk (Wedding). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Selow, Prinz-Schallertstraße 16. Referent: Gen. Karl Lieb.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend frankierter Erteilungslag beiliegt ist. Das gilt für Anfragen aus dem Ausland.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Dr. Paul Gatz, Charlottenburg; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: A. Gatzel. Eintrag für den Inhalt und geschäftliche Mitteilungen: Edmund Kowert, Berlin. - Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. m. b. H., Berlin. - Druck der Berliner Druckerei e. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

**Theater u. Vergnügungen**  
Volkshöhle  
Neues Volkstheater  
Staatstheater  
Großes Schauspielhaus  
Waldfallen-Theater  
Die Mondschneidende  
Theater am Köpenicker Platz

**Komische Oper**  
Der Herr der Welt  
Theater am Köpenicker Platz  
Die Ehe im Kreise  
Circus Busch

**Metal**  
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.  
Geschichte der USPD  
Neue Auflage erscheint Ende Februar!

**Gold, Silber, Platin**  
Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen!

**Kleine Anzeigen**  
Verkäufe  
Fahrräder  
Kaufgefuche  
Möbel

**Freiheit**  
Der Unterzeichnere bestellt hiermit vom 1. Exemplar der 3. und 4. Jahrgänge der Zeitung „Freiheit“...  
Zurückhaltungsbelegungen „Freiheit“...  
Zurückhaltungsbelegungen „Freiheit“...  
Zurückhaltungsbelegungen „Freiheit“...